

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

10.5.1930 (No. 109)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlsruhe
Telefon
Nr. 953
und 954
Postfach
Nr. 3513

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einjährl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Mehrere sind selber frei. Bei Wiederholungen tarifliche Rabatte, der als Rosenblatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwingender Vertreibung und sonstigen Verfahren der Karlsruher Zeitung wird die Haftung für den Inhalt der Zeitung nicht übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verletzungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralschulregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hochschullehrer, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Amerikas

Der zum Vizekonsul bei dem Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannte Herr Paul Judson Gray ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Die Regulierung des Oberrheins

Vortrag von Oberregierungsbaurat Spies

In der Technischen Hochschule zu Karlsruhe hielt Freitagabend im Rahmen der Veranstaltung des Mittelbadischen Architekten- und Ingenieurvereins Oberregierungsbaurat Spies von der Bad. Wasser- und Straßenbaudirektion einen interessanten Vortrag über das Thema „Die Rheinregulierung von Rehl bis Jstein“ und führte dabei u. a. aus:

Die Ausbarmachung des Rheins von Straßburg aufwärts ist uns heute als Aufgabe gestellt. Die Staatsverträge über diese Rheinregulierung von Rehl bis Jstein sind genehmigt und die Vorbereitungen für die Ausführung im Gange. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten drei Staaten, Deutschland, Schweiz und Frankreich, nahmen nicht weniger als 9 Jahre in Anspruch. Die von Deutschland seit 1911 verfolgte Absicht einer Kanalisierung des Rheins oberhalb Straßburg mußte zugunsten der Regulierung aufgegeben werden. Die Frage, ob es heute gerechtfertigt sei, große Summen für die Regulierung auszugeben, sei dahin zu beantworten, daß es im vorliegenden Falle falsch gewesen wäre, die natürliche Entwicklung einer großen Verkehrsstraße und der süddeutschen Wirtschaft aufhalten zu wollen.

Gerade das südbadische Gebiet mit seinen reichen Wasserläufen habe ein besonderes Interesse für den Anschluß an eine billige Wasserstraße. Vorbedingung sei der Ausbau des Rheins bis Basel und die Kanalisierung bis zum Bodensee. Der Rehlsee habe durch die Regulierung vorübergehend Ausfall erhalten, aber nach den Erfahrungen werde sich später ein Ausgleich ergeben. Die Regulierung werde den deutschen Interessen weit mehr gerecht als der französischen Seite. Ob Seitenkanal und Regulierung möglich seien, werde dadurch beantwortet, daß die Kanalmission beiden Wegen zugestimmt habe. Selbst wenn der Seitenkanal Rembs bis Straßburg zustandekäme, würde sich doch die Regulierung im zwischenen lohnen, denn sie sei vom Standpunkt des Verkehrs, der Wirtschaft und der Landeskultur sehr wertvoll.

Der Redner ging dann auf die Verträge näher ein und gab an Hand von Lichtbildern einen Überblick über die geplanten Regulierungsarbeiten von Rehl bis Basel. (Von Basel bis Konstanz sei der Ausbau als kanalisierte Strecke mit Hilfe von Staustufen vorgesehen.) Frankreich habe nach dem Vertrag das Recht, zu beliebigen Zwecken die Wasserkraft des Rheins auszunutzen. Deutschland und die Schweiz mußten sich verpflichten, die Schiffahrt während der Ausführung des Projektes nicht nennenswert zu behindern und etwaige schädliche Folgen für die Schiffahrt unterhalb Straßburg durch die Regulierung zu beheben. Deutschland und die Schweiz mußten sich, da Frankreich nur einen Teil der Unterhaltungskosten übernimmt, über die Baukosten und die Bauausführung verständigen. Das nahm vier Jahre in Anspruch, bis im März 1929 der Vertragsabschluss mit der Schweiz zustande kam.

Von den auf 50 Millionen Reichsmark veranschlagten Baukosten, die sich auf 11 Jahre verteilen, übernimmt die Schweiz 60 Proz. und Deutschland 40 Proz., ferner die Unterhaltungskosten der Bauwerke auf seinem Gebiet und ferner die Verpflichtung, für etwaige schädliche Folgen unterhalb Straßburg einzustehen. Letzteres würde aber nicht in Frage kommen, da die Regulierung eher wohl eine Besserung zur Folge haben werde. Der Vertrag bestimmt ferner, daß die Ausdehnung der Schiffahrt bis zum Bodensee erstrebt und darüber ein Vertrag abgeschlossen werde. Inzwischen wird die Schweiz die Erstellung von Kraftwerken am Rhein zusammen mit Baden nach Möglichkeit fördern. Die Arbeiten werden bei Straßburg und Karlsruhe beginnen und in drei Bauabteilungen ausgeführt. Die jährlichen Baukosten werden im unteren Gebiet 8,5 im oberen 7,5 Kilometer lang sein, können aber bis zu 12 Kilometer ausgedehnt werden.

Der Bau beginnt in diesem Winter, und in etwa 6 Jahren soll die Strecke bis Basel reguliert und in weiteren 4 bis 5 Jahren das Unternehmen beendet sein.

Die erkaupte Kaligrube

Kann Wienburg gerettet werden?

KW. Berlin, 10. Mai (Kr.-Tel.) Zwischen der preussischen Bergwerks- und Hütten AG., der das durch den Wassereintrich schwer geschädigte Kalibergerwerk Wienburg gehört, und den zuständigen Ministerien finden der „B.“ zufolge heute eingehende Verhandlungen über das weitere Schicksal des Bergwerks statt. Es besteht die Hoffnung, wenigstens den Schacht III zu retten, eint. auch Schacht II wieder in Betrieb zu setzen, da zunächst kein weiterer Einbruch von Wasser mehr festzustellen war. Das Schicksal des Schachtes I ist weniger wichtig, da dieser Schacht schon seit längerer Zeit stillgelegt war. Das Wasser in den Schächten ist heute nicht mehr gestiegen und vermutlich durch die Konjunktoren, die sich selbst an die gefährdeten Stellen geschoben haben, abgeriegt.

Für den preussischen Staat, der Besitzer der preussischen Bergwerks- und Hütten AG. ist, stehen Millionenwerte auf dem Spiel. Das Werk Wienburg dürfte in der Preussag-Bilanz mit etwa 15 Millionen Reichsmark zu Buche stehen.

Letzte Nachrichten

Die Inkraftsetzung des Youngplans

Die Räumung des Rheinlandes

WAB. Paris, 10. Mai. (Tel.) Nachdem nun gestern nachmittag die erforderlichen Ratifizierungsinstrumente für den Youngplan im Quai d'Orsay deponiert worden sind, sind nach den Bestimmungen des Haager Abkommens für die Inkraftsetzung des Youngplans noch zwei Handlungen erforderlich:

1. die Gründung der internationalen Zahlungsbank, die am Montag in Basel erfolgen wird,
2. die Deponierung der Schuldenzertifikate durch die Reichsregierung und für einen gewissen Teil der Zahlungen auch durch die Reichsbahn.

Nach dem „Echo de Paris“ sollen nun, nachdem sich die Dinge soweit entwickelt haben, gestern vormittag Ministerpräsident Lardieu und Außenminister Briand über die Durchführung der Räumung des Rheinlandes verhandelt haben, da alle Vorbedingungen nunmehr erfüllt seien. Auch der „Matin“ betont, daß der Ratifizierung des Youngplans nunmehr in kürzester Zeit die politischen Folgen, d. h. die Rheinlandräumung, folgen müßten, und daß die notwendigen technischen Dispositionen französischerseits getroffen seien, um die Operationen zur Rückziehung der Truppen durchzuführen.

Schiller-Fest in New-York

WAB. New York, 10. Mai. (Tel.) Aus Anlaß des 125. Todestages Friedrich v. Schillers fand gestern am Schillerdenkmal im Centralpark eine eindrucksvolle öffentliche Feier unter starker Beteiligung akademischer Kreise statt.

Die Veranstaltung war von dem College of the City of New York in die Hand genommen worden. Sein Präsident, Prof. Frederic Robinson, hob in der Festrede die Bedeutung Schillers für die gesamte Kulturwelt hervor. Außer Robinson sprach u. a. auch der Leiter der deutschen Abteilung, Prof. Erwin Hoebler. Die Festrede wurde umrahmt von Vorträgen des Studentenchors des Colleges. An der Feier beteiligten sich auch in hervorragendem Maße die deutsch-amerikanischen Kreise, vor allem die zahlreiche deutsch-amerikanische Organisationen New Yorks umfassende deutsch-amerikanische Konferenz, die mit Rücksicht auf die Feier des College von einer Sonderkundgebung des hiesigen Deutschland abgesehen hatte.

Verlegung der kommunistischen Propagandazentrale?

WAB. London, 10. Mai. (Tel.) „Morning Post“ behauptet, der Vollzugsausschuß der Dritten Internationale habe beschlossen, die Zentrale für die Ausbreitung der kommunistischen Propaganda in Westeuropa von Berlin nach London zu verlegen. Der Sowjetbotschafter in London, Sokolnikoff, habe nachdrücklich dagegen Einspruch erhoben, da dadurch seine Verhandlungen mit der britischen Regierung gefährdet werden würden. Sollte Moskau bei seinem Beschlusse bleiben, so würde Sokolnikoff in eine äußerst schwierige Lage veretzt werden.

Einflottenantrag im amerikanischen Parlament

WAB. Washington, 9. Mai. (Neuer Tel.) Der Vorsitzende des Marineausschusses des Repräsentantenhauses, Britten, hat nunmehr die angeforderte Flottenvorlage eingebracht, die eine Ausgabe von 938 995 000 Dollars für den Bau von Kriegsschiffen vorsieht, die nach Ansicht Brittens notwendig sind, um die amerikanische Parität mit Großbritannien gemäß dem Londoner Vertrag herzustellen.

Eine Feststellung des Reichsministers Dr. Wirth

Durch die Presse geben von Zeit zu Zeit Mitteilungen, daß der Reichsminister des Innern in der Zeit, als er das Ministerium für die besetzten Gebiete verwaltete, eine Sekretärin gehabt habe, die französischer Abstammung gewesen und deren Vater Mitglied der französischen Botschaft in Berlin sei. Dr. Wirth hat an den „Badischen Beobachter“ eine Mitteilung gelangen lassen, nach der er weder als Minister für die besetzten Gebiete noch in einem anderen, von ihm verantwortlichen geführten Ministerium jemals eine Sekretärin französischer Abstammung beschäftigt habe. Das Ganze stelle sich als eine plumpe Erfindung dar.

Stahlhelm und Reichsinnenministerium

Nach Zeitungsmeldungen hat der zweite Führer des Stahlhelms, Oberstleutnant Döhrberg, in einer Rede die Minister Wirth und Curtius angegriffen und von Bedingungen gesprochen, die dem Stahlhelm für die Aufhebung des Verbotes im Rheinland-Besitzungen gestellt worden seien. Hierzu wird von unterrichteter Seite erklärt, daß Verhandlungen mit dem Stahlhelm überhaupt nicht stattgefunden haben, und daß infolgedessen auch keine Bedingungen gestellt worden sind, daß vielmehr alle Meldungen hierüber gänzlich aus der Luft gegriffen sind. Döhrberg hatte behauptet, daß man folgende Bedingungen für eine eventuelle Aufhebung des Stahlhelmsverbotes im Rheinland und Westfalen gestellt habe: 1. den dortigen Stahlhelmführer zu opfern, und 2. der Stahlhelm müßte sich mit der katholischen Geistlichkeit besserstellen.

Auszeichnung des deutschen Botschafters in Amerika. Die Columbia-Universität hat dem deutschen Botschafter in Amerika, v. Brittnow, die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

* Zur politischen Lage

Reichskanzler Dr. Brüning hat in einer Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei in Breslau gestern eine Rede gehalten, die zu den bedeutendsten staatsmännischen Kundgebungen der letzten Zeit gehört. Sie bemüht sich, aus den einzelnen Zügen des politischen Kampfes die Hauptlinien herauszuheben und dem deutschen Volke zu sagen, um was es sich eigentlich handelt.

Die Rede ist eine wirtschaftspolitische Rede. Und das muß sie sein, wenn sie den großen Forderungen der Stunde gerecht werden will. Dr. Brüning fußt auf der Einsicht, daß die ganzen letzten Jahre unserer Wirtschaftspolitik etwas vorgetäuscht haben, was in Wahrheit gar nicht bestand, nämlich eine gewisse Prosperität der Wirtschaft. Durch Auslandsanleihen habe man künstlich diese Prosperität erzeugen können. Aber die Bedeutung dieser Anleihen und über den Ernst der ganzen wirtschaftlichen Lage sei das deutsche Volk aber im unklaren geblieben. „Setzt stehen wir vor der nächsten Wirklichkeit, der wir ohne Illusionen ins Auge sehen müssen; und das ist der Unterschied gegen früher!“

Mit diesem Satze hat Dr. Brüning in der Tat die Bedeutung dessen, was sich in den letzten Wochen in Berlin vollzogen hat, richtig gekennzeichnet. An die Stelle einer Politik wirtschaftspolitischer Selbstbetrugs ist jetzt eine Politik nüchterner Einsicht getreten. Und schon allein die Tatsache, daß das Geschehen konnte, ist geeignet, neue Hoffnungsfreudigkeit im ganzen Wirtschaftsleben hervorzurufen. Denn der tiefgehende und erschreckende Pessimismus kam nicht allein von der Erkenntnis der Notlage selbst her, sondern er wurde ständig genährt durch das Gefühl, daß ja doch nichts mehr zu erhoffen sei angesichts einer Konstellation in Berlin, welche die Nichtbeachtung wirtschaftspolitischer Tatsachen und Schlußfolgerungen zu einer Dauererscheinung machte.

Gewissermaßen über Nacht ist der Wandel gekommen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ließ die Große Koalition aufliegen. Damit wurde der Weg frei für eine andere Konstellation.

Dr. Brüning hat gestern mit aller nur möglichen Entschiedenheit festgestellt, daß es dringend notwendig gewesen sei, aus der neuen wirtschaftspolitischen Erkenntnis die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Er hätte es — wie wohl alle Anhänger der Idee der Großen Koalition — viel lieber gesehen, wenn die sozialdemokratische Fraktion bei der Verwirklichung des neuen Programms mitgeholfen hätte. Da sie ihre Hilfe verweigerte, mußte ein neues Kabinett gebildet werden. Dr. Brüning bezeichnet auch heute noch dieses Kabinett als ein „Kabinett ohne Bindung an die Parteien“. Er erwartet von dem Kabinett vor allem, daß es selbst entschlossen in seinen Zielen sei und Mut zum Handeln habe.

Damit berührt er jenen Komplex von Erscheinungen, der, wie kein zweiter, in der letzten Zeit Pessimismus und Verzweiflung im deutschen Volk hervorgerufen hat. Dr. Brüning ist der Meinung, daß die Politik nicht in den Fraktionsverhandlungen gemacht werden dürfe, sondern in erster Linie durch das Kabinett. Der Kanzler hat, wie er gestern sagte, den Eindruck, daß „das Gefühl, daß die Regierung tatsächlich nicht führte, mit Fleisch und Blut am deutschen Volk gehangen habe“. Und sehr richtig erklärt er aus dieser Verzweiflung und Mißstimmung im Volke das Anwachsen der radikalen Gruppen rechts und links.

Dr. Brüning ist entschlossen, dem Parlament nicht mehr zu gestatten, der Verantwortung auszuweichen, sondern es zu zwingen, die Verantwortung in eindeutiger Weise zu übernehmen. Er will ganz klare parlamentarische Verhältnisse. Diese Wendung ist wohl nur so zu verstehen, daß er sich auf irgendwelchen Kuhhandel mit den Deutschnationalen nicht einlassen wird. Er wird die Deutschnationalen zwingen, entweder alles zusammen (also Ostprogramm und Etat und Arbeitslosenversicherungsreform) anzunehmen oder abzulehnen. Über das Ostprogramm hat man sich ja inzwischen im Kabinett geeinigt.

Die Notwendigkeit eines Wiederaufbaues der schwer daniederliegenden Landwirtschaft hat Dr. Brüning auch gestern wieder mit Nachdruck betont. Dieser Wiederaufbau muß kommen, damit wieder ein Absatzmarkt für die Industrie geschaffen wird, und „damit nicht die Massen von Landarbeitern arbeitslos werden und dann das Problem der Arbeitslosigkeit zur Katastrophe werden lassen“. Auch der Baumarkt müsse wieder belebt werden; dazu

gehöre vor allem die Aufhebung der Kapitalertragsteuer für die festverzinslichen Papiere.

Man kann es begreifen, daß die Ausführungen Dr. Brüning's in Breslau von den Zuhörern mit stürmischem Beifall begrüßt worden sind. Wenn Dr. Brüning und sein Kabinett das hier charakterisierte Programm durchführen, so ist gar nicht daran zu zweifeln, daß dabei die große Mehrheit des Volkes zustimmend mitarbeiten wird. Die Breslauer Rede Brüning's zeigt uns jedenfalls, daß beim Reichskanzler selbst der feste Wille zur Verwirklichung seines Programms nicht fehlt.

Durch das Ausscheiden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus der Reichsregierung und noch mehr durch die Polemik der sozialdemokratischen Presse gegenüber dem Zentrum haben sich die Beziehungen der beiden Parteien verschlechtert. Eine Rückwirkung dieser Tatsache auf die preussischen Verhältnisse konnte nicht ausbleiben. Dieser Tage hat der Sprecher der Zentrumsfraktion im Preussischen Landtag erklärt, daß diese Polemik für die Koalition in Preußen und für die Zusammenarbeit von Zentrum und Sozialdemokratie in Preußen „zum mindesten nicht förderlich“ sein könnte. Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat daraufhin in taktvollen, aber durchaus klaren Worten erkennen lassen, daß er die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht für richtig gehalten habe und Unschlichkeiten in der Polemik keineswegs billige. Daß die Deutschnationalen ihrerseits und mit ihnen alle andern Rechtsparteien eine Änderung der Koalitionsverhältnisse in Preußen wünschen, ist bekannt. Solange die sozialdemokratische Politik sich in den Bahnen Braunschwer überlegungen hält, wird die Koalition in Preußen wohl kaum als bedroht gelten können, zumal dann nicht, wenn diese Koalition die Wirtschaftspolitik Dr. Brüning's und seines Kabinetts in ihren Hauptzügen unterstützt.

Außenpolitisch steht nach wie vor die indische Frage im Vordergrund des Interesses. Der Boykott englischer Waren durch die indische Bevölkerung nimmt immer erstere Formen an. Sie und da hat es auch schon blutige Revolten gegeben. Natürlich kann das indische Volk mit gewalttätigen Mitteln nicht zum Ziele gelangen. Aber im Bereich der Möglichkeit liegt es durchaus, daß ein konsequent durchgeführter Käuferstreik, dem sich auch sonst eine umfassende passive Resistenz in anderen Dingen hinzugesellt, die britische Politik zu Konzessionen zwingen kann, die man noch vor kurzem für unmöglich gehalten hätte.

Aus Regensburg wird gemeldet, daß der Kaufmann Kurt Erich Tegner, der seit seiner Verhaftung voll geständig war, seine Angaben widerrufen hat. Er will plötzlich statt eines Leberbogens, die Leiche eines ihm unbekanntes Mannes verbrannt haben.

Der Arbergpaß ist von heute, Samstag, an für Wagen passierbar. Die Bauämter in Innsbruck und Bregenz haben den Arbergpaß heuer mit Rücksicht auf das frühzeitige Einsetzen des Kraftwagenverkehrs wegen der Oberammergauer Passionspiel früher fahrbar gemacht.

In Dortmund versuchten Freitag abend zwei maskierte und mit Revolvern bewaffnete Männer einen Lösegeldraub in dem Gebäude des „Dortmunder Generalanzeiger“. Sie wurden jedoch durch bereitstehende Kriminalbeamte verhaftet, da der Plan vorzeitig bekannt geworden war. Die beiden Räuber sind Hilfsarbeiter im Betriebe des „Generalanzeiger“.

In Waupen hat sich der Obersekundaner Gerhard Dils in der letzten Nacht erschossen. Wie aus einem hinterlassenen Brief hervorgeht, haben ihn innere Konflikte in den Tod getrieben. Der Schüler war Primus und erfreute sich der allgemeinen Achtung und Förderung seiner Lehrer.

Der Mann, der Freitag morgen in das Haus des Reichspräsidenten in Berlin einzudringen versuchte, ist als der 42-jährige, in Berlin wohnhafte Händler Otto Bemsfeld festgestellt worden. Er wurde auf Anordnung des zuständigen Kreisarztes in eine Irrenanstalt übergeführt.

Karlsruher Konzerte

Drei große Quintette von Bruckner, Mozart und Schubert vereinigte der an sich zwar somit fesseln, aber doch auch reichlich lange

Kammermusikabend der bad. Musikhochschule, bei dem wieder einmal die Herren Georg Mantel (Klavier), Josef Reischer (I. Violine), Oskar Schmidt (II. Violine), G. Bal. Fänger (Viola), G. Müller (Viola), F. Trautwetter (Violoncello) und Karl Schiedt (Kontrabaß) ihre alten guten Auf als Ensemblemitglieder bekräftigten. Gleich im Brucknerschen Streichquintett gelang das Fühlbarwerden des Besonderen, das ja eine Empfänglichkeit ähnlich einem Gottesdienst im Tempel der Polphymnia voraussetzt, ganz hervorragend; zumal das Adagio und der Finalsatz waren kammermusikalische Höchstleistungen. Das hier erreichte Niveau fiel freilich im nachfolgenden C-Moll-Streichquintett Mozarts merklich ab, wurde aber vermutlich beim Schubert-Quintett, das ich selbst nicht mehr anhöre, wiederhergestellt, weil die beteiligten Künstler überhaupt Anforderungen solch großformatiger Musik gegenüber besser aus sich herauszugehen scheinen.

Im gutbesuchten Eintrachtssaal begegnete man wieder Dr. Hans Ebbede mit seiner Laute.

Der seine Vortragsfolge diesmal „Alte und neue Weggenossen“ nannte, ohne allerdings stofflich auf dem heute schon stark verbrauchten Gebiet viel Originelles zu bringen. Weit aus das Beste sind noch immer seine Soldatenlieder, auch die Dialektgesänge finden mit Recht stets begeisterte Zustimmung. Im übrigen hilft ein naiver Scharm des Vortrags mit, selbst ganz bedeutungslose Sätzchen als angenehme Unterhaltung zu bieten. Mein stimmlich kann sich natürlich Ebbede nicht mit den bekannteren Größen des Faches messen, dafür verfügt er aber über eine sehr drahtige Mimik, und neben dem gefunden Humor, der fast alle seine Gaben würzt, berührt besonders sympathisch die Mitteilungsfreude des Unermüdeten, der sein eigentliches Programm bereitwillig speziellen Wünschen des Publikums anpaßt und um manch Lustiges aus seinem früheren Repertoire erweitert.

Ausgabenenkungsgesetz und Beamtenchaft

Empfang der Spitzenorganisationen beim Reichsfinanzminister

Reichsminister Dr. Molkenhauer hat in seiner Etablierte vom 2. Mai das Ausgabenenkungsgesetz angekündigt und dadurch eine Verminderung der Zahl der Reichsbehörden durch allmähliche Auflösung oder Zusammenlegung bestehender Behörden, ferner Vorschriften, die auf dem Gebiet der Sonderzuschläge, der Urlaubsregelung und Pensionskürzung eine Verminderung der Gesamtausgaben erreichen sollen.

Die Ankündigungen des Reichsfinanzministers haben in der gesamten Beamtenchaft Beunruhigung hervorgerufen. Auf Anregung des Deutschen Beamtenbundes hat Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer am Freitag die Vertreter der Spitzenorganisationen empfangen. Dabei erklärte der Minister, daß er keinen Beamtenabbau nach dem alten Muster von 1924 beabsichtige, daß aber eine gewisse Rationalisierung eintreten müsse. Die beabsichtigten Maßnahmen sollten ohne unnötige Härte und Härten auf dem Wege des natürlichen Abgangs durchgeführt werden in einer Form, die auch für die Beamtenchaft tragbar sei. Der Reichsfinanzminister erklärte, wie die „Deutsche Beamtenkorrespondenz“ meldet, weiter, daß die Rechte der Beamtenchaft nicht geschmälert werden dürften und die materielle Grundlage der Beamten erhalten bleiben müsse. Gewisse Ersparnisse auf organisatorischem Gebiet ließen sich aber nicht vermeiden. Dr. Molkenhauer sagte zu, daß er die Einzelheiten des Ausgabenenkungsgesetzes, so sie die Beamtenchaft betreffen, mit den Spitzenorganisationen besprechen wolle, bevor der Entwurf im Reichskabinett endgültig verabschiedet und dem Reichsrat zugeleitet würde.

Man lynchet noch in Texas

Erzählendes Neumaßnahme

Hunderter von Personen unternahmen einen wilden Angriff auf das Gerichtsgebäude Grayson County (Texas), um einen Neger zu lynchen, der des Angriffes auf eine weiße Frau beschuldigt war. Die Menge goß in das Erdgeschloß des Gebäudes etwa 50 Liter Gasolin und entzündete es, nachdem sie vergeblich versucht hatte, das Gebäude mit Dynamit zu sprengen. Der Neger ist in dem brennenden Gebäude ums Leben gekommen.

W.D. Austin, 10. Mai (Tel.). Der Gouverneur des Staates Texas hat sich durch die Ausschreitungen in Sherman veranlaßt gesehen, 25 Mann Nationalgarde, die mit Maschinengewehren und Tränengasbomben ausgerüstet sind, nach Sherman zu entsenden, da man befürchtet, daß es nunmehr zu schweren Ausschreitungen gegen die gesamte Negerbevölkerung kommen wird.

Mit dem Tode des Opfers war übrigens, wie ergänzende Meldungen feststellen, der Mut der Menge noch nicht gebrochen. Der Neger war bei dem Angriff auf das Gerichtsgebäude, um ihn zu schützen, in dem gepanzerten Tresor untergebracht worden, der zur Aufbewahrung der Archive dient. Gegen Mitternacht drang die Menge in die Ruinen des niedergebrannten Gebäudes ein. Die Tresortüre wurde unter Zuhilfenahme von Dynamit und Azetylenleuchtgasbrennern erbrochen und die Leiche aus dem zweiten Stock des Gerichtsgebäudes in den Hof hinabgeworfen, was die Versammelten, zu denen auch viele Frauen gehörten, mit Jubelrufen und Händeklatschen begrüßten. Damit noch nicht genug, besetzte man die Leiche mit einer Kette an einem Auto, das sie durch die Straßen der Stadt schleifte.

Wie weiter bekannt wird, haben die Gefängnisbeamten, als der Sturm auf das Gefängnis einsetzte, den verhafteten Neger vor die Wahl gestellt, ob er versuchen wolle, zu fliehen, oder sich lieber zu seinem Schutz in den Dokumententresor des Gerichts einschließen lassen wolle. Der Neger zog es vor, sich hinter die Stahltür des Tresors zurückzuziehen, wo er dann während des Brandes, vermutlich infolge Ersticken, ums Leben gekommen ist.

Die Negerbevölkerung von Sherman beginnt zu fliehen, da die Lage im Ort immer bedrohlicher wird. Die Straßen werden von den tobenden Mobs beherrscht, die mit der Einschüchterung der ganzen Stadt drohen. Als Vorzeichen wurde heute das Geschäft eines Negers in Brand gesteckt. Während der Nacht ist es zu verschiedenen Zusammenstößen zwischen der Nationalgarde und der Masse gekommen. Die Truppen gaben schließlich Feuer, wobei zwei Personen vermerdet wurden.

In Mittelchina (China) soll große Hungersnot herrschen. Mehr als drei Millionen Menschen sollen den Hungertod erlitten haben.

Das Fazit des Tanzabends, den mit ihren Schülerinnen Gilla Hermann

im Konzerthaus absolvierte, schien äußerlich sehr günstig. Leider kann man aber in die allgemeine Begeisterung, die so ziemlich sämtliche Vorführungen auslösten, nicht ohne weiteres miteinstimmen. Solange es Kinderstücke waren, mochte man das noch verstehen; denn wenn kleine und schwächliche Persönchen sich in einer ihrer Altersstufe angemessenen graziösen Art über die Bühne bewegen, wird das immer helles Entzücken hervorrufen. An Erwachsene stellt man jedoch gewisse höhere Ansprüche, und sobald sie diese fünfjährig kaum aber gar nicht befriedigen, liegt wirklich kein Grund vor, sie so zu belächeln, daß prompt auch hier nach jedem halbwegs gelungenen Debüt eine Wiederholung einsetzte. Es müssen bei den Zuschauern offenbar sehr beliebte Tänzerinnen sein, denen trotzdem das gelang. Weil aber auch bei zweimaliger Darstellung sich meistens Vorzüge und Mängel des Könnens nicht viel besser die Wags hielten, verlor das Ganze rasch an etwagem kritischem Interesse und geriet in so uferlose Breite, daß manch einer dem Rest die Mißfolge verweigerte, dadurch aber vielleicht auch gerade relativ bessere Leistungen verpasste, die der Erwähnung eventuell doch noch wert gewesen wären.

Anlässlich des evangelischen Organistentages veranstaltete der badische Kammerchor, bekanntlich unter der Leitung von Franz Philipp stehend, ein

Kirchenkonzert

mit Frühmeistern der evangelischen Kirchenmusik bis zu Joh. Seb. Bach, von dem verschiedene Choralfantasiën, die fünfstimmige Motette „Jesu meine Freude“ sowie ein E-Moll-Organwerk (Präludium und Fuge) beinahe die ganze zweite Hälfte des Programms füllten. Über die historische Entwicklung, die zu seinem Schaffen als Gipfelwert der protestantischen kirchlichen Kunst drängt, sagten von älteren Komponisten u. a. Johann Eccard (zwei Motetten), S. Scheidt, Bachelbel, Buxtehude und vor allem H. Schütz (Orgelchoräle) Entscheidendes aus. Bei der Wiedergabe waren besonders die A-capella-Chöre in jeder Hinsicht vorzüglich, auch bei dem zur Mitwirkung noch herangezogenen gemischten Chor der Johanneskirche wurden Licht und Schatten unter der bewährten Einleitung durch Heinrich Cassimir in meisterhafter Weise ver-

Aus den Ländern

Annahme der thüringischen Steuergesetze

Im thüringischen Landtag wurden Donnerstag nachmittag die Steuergesetze, also die Gesetze über die Warenhaussteuer, die Erhöhung der Aufwertungssteuer, die Erhebung der Verzußsteuer für freie Berufe, den Verwaltungslostenbeitrag (Kopfsteuer) und das Gesetz über die Änderung des Finanzausgleiches in namentlicher Abstimmung mit 27 Stimmen der Regierungsparteien gegen 21 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und des demokratischen Abgeordneten angenommen. Bei der Abstimmung enthielt sich der nationalsozialistische Abgeordnete Marjcher der Stimme.

Die Nationalsozialisten in der thüringischen Regierung

Der in Weimar erscheinende „Nationalsozialist“ veröffentlicht die von der Fraktion der Nationalsozialisten im Thüringer Landtag bei der Beratung der Steuergesetze eingebrachten Forderungen, von deren Erfüllung sie ihre weitere Mitarbeit in der Koalition abhängig mache. Es wird u. a. gefordert: Bereitstellung von 100 000 RM im Etat zum Zweck der Linderung der Erwerbslosennot. Als Antwort auf die Botschaftserklärung der Warenhäuser und Konsumvereine gegen die Thüringer Industrie wird gefordert, daß von den zur Verteilung aus der Landesbeste kommenden Mitteln und aus dem Landeszuschuß keinerlei Einläufe bei diesen Unternehmungen getätigt werden dürfen. Die Landesregierung soll Vorschläge für die Anteile der Landesbeste herausgeben, die nur von den Inhabern thüringischer Mittel- und Kleinbetriebe der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes angenommen werden dürfen, und dann von der thüringischen Staatsbank eingelöst werden sollen. Ferner: das von der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eingebrachte Gesetz über das Schichten von Tieren muß von allen Koalitionsparteien sobald wie möglich angenommen und verabschiedet werden. Und schließlich: Die in der Koalition befindlichen Parteien sollen anerkennen, daß Nationalsozialisten, die sich um Staats- bzw. Beamtenstellen bewerben, nach § 128 der Reichsverfassung genau das gleiche Recht haben, wenn sie den Befähigungs- bzw. Leistungsnachweis erbringen, wie jeder andere Deutsche.

Bevorstehende Grundsteuererhöhung in Preußen. Im Preussischen Landtag trat am Freitag nach Beendigung einer mehrstündigen Zentrumsfractionsitzung der Interfraktionelle Ausschuß gemeinsam mit dem Finanzminister erneut zusammen. Hierbei wurden die Zentrumswünsche erörtert, die dahingehen, daß die Grundsteuer nur insoweit erhöht werden soll, als sie auf Mieträume abgewälzt werden kann. Von der Steuererhöhung freibleiben sollen also etwa Wohn- und Werkräume, die der Hausbesitzer selbst benutzt, und Eigenheime bis zu einem bestimmten Werte.

Zur Lage in Indien

Die Regierung Herr der Lage?

Im Unterhaus erklärte der Staatssekretär für Indien, Benn, daß die indische Regierung trotz einiger Unruhen vollkommen Herr der Lage sei. Die Regierung werde ihre Versöhnungspolitik beibehalten.

Aber dem Gebiet der mit Gandhi sympathisierenden Mohammedaner an der afghanisch-indischen Grenze ist ein Geschwader von 40 englischen Flugzeugen erschienen, um auf die Stämme beruhigend zu wirken. Die Lage in Scholapur ist wieder ruhig. Bei den letzten Unruhen soll es mindestens 20 Tote und 100 Verletzte gegeben haben.

W.D. Sura, 10. Mai (Tel.). Eine Rede, die der frühere Präsident der indischen gesetzgebenden Versammlung, Patel, hier in einer öffentlichen Versammlung gehalten hat, ist besonders bemerkenswert, weil sie eine weitere Verschärfung des Kampfes gegen die englische Herrschaft ankündigt. Patel forderte nämlich das Volk auf, solange die Regierungsbeamten gesellschaftlich zu ächten und die Agrarsteuer nicht zu bezahlen, bis Gandhi wieder in Freiheit gesetzt sei.

Deutscher Marinebesuch in Venedig. Am Freitag sind im Hafen von Venedig unter den üblichen Salutgeschüssen die deutschen Schiffe „Schlesien“ und „Hessen“ eingetroffen und in der kleinen Bucht von St. Marco vor Anker gegangen. Abends fand im Fenicetheater ein Galakonzert zu Ehren der deutschen Schiffe statt, deren Besatzung heute der Feiertag der fasthifischen Mänterung auf dem Markusplatz beimohnen wird.

Die englisch-ägyptischen Verhandlungen in London sind abgebrochen worden. Die ägyptischen Delegierten erklärten, es sei unmöglich, durch einen Federstrich auf ihre Rechte am Sudan zu verzichten.

teilt und eindrucksvoll zur Ausführung gebracht. Für die Orgelfoli war in Prof. Dr. Hermann M. Popp, dem Heidelberger Universitätsmusikdirektor, ein berufener Interpret und Fachkenner gewonnen; bei den Vortragsfolge abschließenden zwei Motetten aus „Musae Sioniae“ von M. Praetorius sah Wilh. Krauß an der Orgelbank, neben dem badischen Kammerorchester wie immer zuverlässig und sicher seines Begleitertumes haltend. H. Sch.

Tagung „Kirche und Kunst“. Um die Karlsruher Ausstellung für kirchliche Architektur und Werkkunst, welche am 17. Mai eröffnet werden soll, für die evangelische Landeskirche und die Bestaltung ihrer Bautätigkeit möglichst fruchtbar zu machen, haben sich die Badische Evangelische Vereinigung für Kirchen- und Volkskunst, der Wissenschaftliche Predigerverein in Baden und der Evangelische Presbyterband für Baden entschlossen, gemeinsam eine Tagung „Kirche und Kunst“ zu veranstalten. Die Tagung soll am 25. und 26. Mai d. J. in Karlsruhe stattfinden. In der ersten öffentlichen Versammlung am Vormittag des 26. Mai wird Geheimrat Professor Dr. Bauer (Heidelberg) über „Altar, Kanzel, Orgel im evangelischen Kultusraum“ einen Lichtbildvortrag halten; sodann wird der weitbekannte Kirchenbaumeister, Professor Martin Stauffer, Baudirektor der Stadt Frankfurt a. M., über „Evangelischer Kirchenbau in heutiger Zeit“ sprechen. Am Nachmittag findet eine Führung durch die Ausstellung statt und am Abend eine zweite öffentliche Versammlung.

Gedenkfeste für die Chemiker Kekulé und Curtius. Am Samstag fand im Chem. Institut der Universität Heidelberg eine von der Deutschen Chem. Gesellschaft veranstaltete Gedenkfeste für die beiden großen Heidelberger Chemiker Kekulé und Theodor Curtius statt. Über ersteren, der von 1856 bis 1888 an der Heidelberger Universität wirkte, sprach einer seiner wenigen noch lebenden Schüler, Geheimrat Prof. Dr. Bernthsen, über den vor zwei Jahren verstorbenen Curtius Geheimrat Duisberg, einer der leitenden Persönlichkeiten der IG-Farben. Am Hause der Hauptstraße 4 wurde eine Gedenktafel für Kekulé, im Treppenhause des Chemischen Instituts ein Bronzerelief von Curtius enthüllt. An der Feier nahmen etwa 100 Personen teil.

Kurze Nachrichten

Die Anlage der Bombenaffäre. Die Staatsanwaltschaft Altona hat in Sachen der Untersuchung wegen der in den Jahren 1928/29 in Schleswig-Holstein, Hannover und Oldenburg begangenen Bombenanschläge die umfangreiche Anlage fertiggestellt und der Strafkammer mit dem Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens eingereicht. Sie legt den Angeklagten Verbrechen und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz, einigen auch Diebstahl von Sprengstoff und einem Angeklagten Meisid zur Last. Sie bezieht sich auf die Attentate bzw. Attentatsversuche von Dollingstedt, Niebuell, Schleswig und Lüneburg. Sieben Angeklagte befinden sich noch in Untersuchungshaft.

Die Berliner Ständele. Auf Grund der letzten Vernehmungen, die bereits am Freitag einen gewissen Abschluß erreichten, hat laut „Deutscher Zeitung“ der Oberpräsident gegen den Berliner Stadtrat Klage des Disziplinerverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung eröffnet.

Kündigung der Kohntarif in der sächsischen Metallindustrie. Die Vereinigung des Verbandes sächsischer Metallindustrieller hat die Lohnabkommen für die Bezirke Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Bauten unter Forderung eines Lohnabbaus zum 30. Juni bzw. 31. Juli d. J. gekündigt.

Verflechtung der Lage im Saarbergbau. In einer Besprechung erklärte der Vertreter der Bergwerksdirektion, daß sich die Lage im Saarbergbau weiter verschlechtert habe. Es müßten zunächst weitere Feiertage eingelegt werden, und am 1. Juni müßten 1400 Bergarbeiter entlassen werden.

Der Abrüstungsausschuß des Völkerverbundes ist für den 8. November einberufen worden.

In Prag wurde der Militärarzt Dr. Ernst Dvorak unter dem Verdacht verhaftet, daß er sich Unregelmäßigkeiten beim Aushebungsdiens habe zuschulden kommen lassen. Dvorak ist einer der bedeutendsten tschechischen Dramatiker und war auch bei verschiedenen Blättern als Theaterkritiker publizistisch tätig.

Bei einem Riesenbrand in den Danks mit einem Fassungsvermögen von 4000 bis 35 000 Faß sowie ein Lagerhaus mit Gasolinvorräten zerstört worden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Das Straßen- und Pflastergeldgesetz

Nachdem die Fraktionen nochmals über die neuen Entwürfe des Straßen- und Pflastergeldgesetzes beraten hatten, standen diese Vorlagen am Freitag erneut im Haushaltsausschuß zur Behandlung. Zunächst erfolgte die Aussprache über die Regelung des Pflastergeldes, besonders über Unterhaltskosten und Lebensdauer der Pflasterungen in Heidelberg, die ähnlich behandelt werden sollten wie in Karlsruhe und Mannheim. Ein dahingehender sozialdemokratischer Antrag wurde mit 7 gegen 6 Stimmen, bei 1 Enthaltung angenommen. Die Regierung äußerte Bedenken wegen der Folgen für den Staatshaushalt.

Die Mitteilung, daß die Stadt Freiburg den badischen Staat auf Nachzahlung aller Beträge verklagt habe, welche ihr nach dem alten Pflastergeldgesetz zuzurechnen, gab der Regierung Veranlassung zur grundsätzlichen Stellungnahme. Die Städte seien in den früheren Jahren überzahlt worden. Mit Ausnahme von Freiburg sei mit ihnen eine Sondervereinbarung getroffen, wonach die Beiträge ermäßigt wurden. Freiburg erhebe nun Anspruch auf Auszahlung in nicht zu rechtfertigender Höhe. Ein Zentrumredner erkennt den Rechtsanspruch der Stadt Freiburg an und weist darauf hin, daß von sozialdemokratischer Seite eine „Lex Freiburg“ angeregt worden sei, um dem Anspruch zu begegnen. Er bitte, dieser Anregung aus rechtlichen Gründen nicht stattzugeben. Redner der Liberalen Volkspartei und der Demokraten schlossen sich diesem Wunsche an. Die Regierung ist der Auffassung, daß ein Gesetz, welches dem neuen Pflastergeldgesetz rückwirkende Kraft hinsichtlich Freiburg gebe, wohl möglich sei, betont aber, daß mit den übrigen Städten vertragliche Bindungen vorliegen. Anträge, die Leistungen an die Städte Konstanz und Offenburg zu erhöhen, fanden Annahme. Hierauf wurde das ganze Gesetz mit den beschlossenen Änderungen mit allen Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Es schloß sich die Beratung des Straßengesetzes an. Angenommen wurde ein Änderungsantrag Dr. Baumgartner u. Gen., mit Rücksicht auf die noch nicht zu übersehende Verkehrsentwicklung sein Verzeichnis auf lange Sicht aufzustellen, für die Kreisstraßen und Gemeindegeme, welche in den Landstraßenverband übernommen werden sollen, sondern dies von Fall zu Fall festzulegen, im übrigen aber weitestgehend entgegenkommen zu zeigen, ebenso verschiedene Änderungen redaktioneller Art. Der Entwurf für das neue Straßengesetz wurde schließlich mit allen Stimmen gegen 2 (Nat. Soz. und Wirtschaftsp.) angenommen.

Bei der Besprechung eines Antrages der Lib. demokr. Vereinigung, zu prüfen, inwieweit in der Folgezeit Teile der Kraftfahrzeugsteuer für Kreisstraßen und Kreiswege verwendet werden können, erklärte die Regierung, daß die Kraftfahrzeugsteuer in ihrer bisherigen Form nur noch ein Jahr lang erhoben werde und ihrer künftigen Regelung ungewiß sei. Die durch die Kraftfahrzeugsteuer eintommenden Mittel würden in erster Reihe zur Überführung von Kreisstraßen und Gemeindegeme in den Landstraßenverband verwendet werden. Ein Zentrumredner erkennt die Vollständigkeit des Antrags an, stimmt aber den Gegenständen der Regierung zu.

Man einigte sich auf einen von allen Parteien, mit Ausnahme des Nationalsozialisten und des Vertreters der Wirtschaftspartei unterzeichneten Antrag, der die Regierung ersucht, zu prüfen, auf welchem Wege eine fühlbare Entlastung der Kreise und Gemeinden von den Straßenlasten zu erreichen sei, ob dieses Ziel sich erreichen läßt durch Übernahme möglichst vieler Kreisstraßen und dem Fernverkehr dienenden Gemeindegeme in den Landstraßenverband, oder ob durch Beteiligung der Kreise an dem Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer.

Annahme fand auch ein anderer Antrag, der eine Entlastung der Kreise hinsichtlich der Rückfahrkosten der Straßenbauverwaltung bezweckt. Zu einem Antrag, die den Gemeinden in den letzten Jahren gestandenen Straßenkostenbeiträge vorerst weiter zu stunden, wurde von der Regierung erwidert, daß im Hinblick auf die Finanzlage auf die Rückforderung von jährlich 287 200 RM nicht verzichtet werden könne. Der Antrag wurde hierauf zurückgezogen.

Ein Antrag der Regierungsparteien, von Nachlässen an Straßenkosten nach § 20 und § 21 des Straßengesetzes, namentlich in wirtschaftlich schwachen Gebieten und bei stark belasteten Gemeinden möglichst weitgehend Gebrauch zu machen, wurde angenommen.

Einen Antrag der Gläubiger der Lagerhaus AG. Tauberbischofsheim, der Staat solle auf die für seine geleistete Bürgschaft noch vorhandene Deckung zugunsten der übrigen Gläubiger verzichten, erklärte die Regierung im Hinblick auf die Finanzlage des Staates nicht entsprechen zu können.

Einberufung der evangelischen Landessynode

Die evangelische Kirchenregierung hat die Landessynode auf Montag, den 19. Mai, einberufen. Im Hauptgebäude sämtlicher Gottesdienste am Sonntag, den 18. Mai, wird eine Fürbitte für die Arbeit der Synode eingefügt.

Keine Einigung in der Hybridenfrage in Baden

Am Donnerstag fand im „Deutschen Wingerhaus“ in Karlsruhe zwischen Vertretern des Deutschen Weinbauverbandes und Vertretern der pfälzischen und badischen Hybridenpflanzler auf Anregung der Hybridenpflanzler eine Aussprache über die Amerikanererebfrage statt. Es sollte versucht werden, eine Einigung zwischen den beiden Gruppen in der Hybridenfrage herbeizuführen. Dies ist jedoch nicht gelungen. Die Vertreter des Deutschen Weinbauverbandes erklärten, in der Hybridenfrage nicht weiter entgegenkommen zu können, als dies in den Vorschlägen des Deutschen Weinbauverbandes zum Weingeheimturf bereits gesehen ist. Die Vertreter der Hybridenpflanzler stellten weitergehende Forderungen, insbesondere verlangten sie, daß der Anbau der Hybridenreben wieder gestattet werden soll. Hierfür konnten die Vertreter des Deutschen Weinbauverbandes nicht eingehen, so daß die Besprechung ergebnislos verlief.

Falsche Reichsbanknoten zu 50 RM.

Seit Ende April 1930 ist eine neue Fälschung von Reichsbanknoten zu 50 RM im Umlauf, die als äußerst gut gelungen und daher als besonders gefährlich bezeichnet werden muß. Die Hauptmerkmale dieser Fälschung sind folgende: Das Papier der Fälschungen ist weicher, etwas dicker, in der Durchsicht dunkler und auf der Rückseite gelblicher als das echte. Der Einzelechein besteht aus zusammengefügten Blättern. Die weichen, verschwimmenden Schatten an den Treffpunkten an der halbkreisförmig gebogenen Linie unterhalb des Reichsbankers fehlen. Die Vorderseite zeigt in der Färbung ähnlichen Gesamteindruck. Im männlichen Bildnis ist das linke Ohr (vom Beschauer aus gesehen) mitrotiert. Die Rückseite ist reinlich nachgebildet. Das Rubrikum wird ersucht, dieser Fälschung besondere Aufmerksamkeit zu schenken und die Verbreiter gegebenenfalls der Polizei oder Gendarmerie zu übergeben. Für die Aufdeckung solcher Fälschungen werden durch das Reichsbankdirektorium eine Belohnung bis zu 3000 RM aus.

Internationale Zusammenkunft der Berufsfischer am Oberrhein

Am letzten Sonntag beschlossen — wie aus Vörsach berichtet wird — anlässlich der Versammlung des Fischereivereins „Oberrhein“ einige führende Männer der Oberrheinfischer aus Oberbaden und der Nordrheinfischer ein internationales Zusammenarbeiten zwecks Erhaltung und Schutz des Fischbestandes im Oberrhein und Bodensee gegenüber den Kraftwerken im Rhein und Grand Canal d'Alsace und der Abwasserentsorgung. Diese beiden Faktoren drohen die Fischerei im Oberrhein und Bodensee in den Nebenflüssen beträchtlich zu vermindern und in bezug auf die Fischerei gänzlich zu vernichten.

Die Berufsfischer aus Oberbaden, dem Oberelsaß und der Nordwestschweiz wollen energische Schritte gemeinsam unternehmen, namentlich soll verhindert werden, daß der im Bau begriffene Grand Canal d'Alsace die Fischerei gänzlich vernichtet. Die Errichtung dieses Kanals kann die Fischerei auf Zugfische auch auf den übrigen Stromtreiben ganz oder erheblich lähmen. Die Berufsfischer am Oberrhein gebeten daher, ihre alten Rechte und ihre Lebenseristenz gemeinsam, ohne Unterschied der Staatszugehörigkeit in der Öffentlichkeit zu verteidigen.

Bauprojekte der Reichspost

Zur Zeit sind in der Ausführung begriffen: Die Postneubauten in Buchen, Lando, Mannheim-Waldhof, Mosbach, Oberburlen und Raibstadt, der Neubau eines Kraftwagenhofes in Forstheim, die Um- und Erweiterungsbauten des Kraftpostwerkes in Karlsruhe. Im Laufe d. J. werden voraussichtlich auch in Angriff genommen: Der Neubau von Fernsprechgebäuden in Heidelberg und Forstheim, die Postneubauten in Appenweier und Mingsolsheim, ein Um- und Erweiterungsbau des Hauptpostgebäudes in Heidelberg, sowie des Posthauses in Achern.

Aus den Parteien

Wie bereits bekannt ist, findet der diesjährige demokratische Landesparteitag am 17. und 18. Mai in Laubach statt. Die Probleme der Landespolitik werden durch den Abg. Hoffmann, die Wirtschaftspolitik und Grenzlandnot durch Abg. Dr. Baeldin, die Kommunalwahlen im Herbst durch Stadtrat Frey (Karlsruhe) behandelt werden. Als neuer Punkt der Tagesordnung wurde die „Reichspolitik und Landesversammlung“ hinzugefügt. Es schweben Verhandlungen mit dem Reichsparteivorstandes Koch-Weser, daß dieser das einleitende Referat hält. Die ursprünglich für den Sonntag morgen vorgesehene öffentliche Rundgebung ist auf den Sonntagmittag verlegt. In ihr sprechen Reichsminister Dietrich und Landtagsabg. Fischer (Stuttgart).

In einer außerordentlich stark besuchten Mitgliederversammlung des Karlsruher demokratischen Vereins, in welcher der Landtagsabg. Dr. Leers über die Hauptvorstandsitzung in Berlin referierte, wurde mit überwältigender Mehrheit die Entschließung des Hauptvorstandes der Deutschen Demokratischen Partei gebilligt. Die der Abstimmung vorausgehende Aussprache war äußerst lebhaft. Neben dem Eintritt in das Kabinett Brüning billigen den Meinungsäußerungen kam auch eine ablehnende zu Wort. Der Vorsitzende der badischen Jungdemokraten billigte den Eintritt der Demokraten in die Regierung Brüning und trat scharf für eine stärkere Betonung des nationalen Gedankens innerhalb der demokratischen Partei ein.

Aus der badischen Industrie

Arbeiterentlassungen bei Daimler-Benz in Mannheim. Nachdem vor etwa 6 Wochen die Daimler-Benz-Werke in Mannheim Antrag auf Entlassung von 250 Arbeitern gestellt hatte, wurde nunmehr ein weiterer Antrag um Entlassung von noch 150 Mann gestellt. „um Produktion und Absatz in Einklang zu bringen“.

Tagung der badischen und pfälzischen Lichtspieltheater

Am Donnerstag und Freitag waren in Baden-Baden die badischen und pfälzischen Lichtspieltheaterbesitzer zu Besprechungen über aktuelle Tagesfragen versammelt. Nach Beratungen des Vorstandes wurde eine Mitgliederversammlung abgehalten, in der u. a. beschlossen wurde, eine Genossenschaft zu gründen, die eine billigere Beschaffung von Filmen und Materialien bzw. Apparaturen ermöglichen soll. Im weiteren Verlauf wurde heftig gegen Max Reinhardts Plan protestiert, Opernfilme in eigener Regie herzustellen und nur an Provinztheater zu verleihen. Im übrigen wurde in der Hauptsache darüber diskutiert, daß die Kosten des Lichtspieltheaterbetriebs durch hohe Mieten und Misanjaffungen stark erhöht seien und eine Entlastung in dieser Hinsicht erstrebenswert sei.

Gemeinderundschau

Bevorstehende Bürgermeisterwahl in Emmendingen. Da die Amtszeit des Bürgermeisters Hirt abläuft, findet Ende Mai eine Bürgermeisterwahl statt. Es ist damit zu rechnen, daß Bürgermeister Hirt wiedergewählt wird.

Der Gemeinderat von Oerbach (Baden) nahm Kenntnis von der Mitteilung der Wasser- und Straßenbaudirektion Karlsruhe, wonach mangels der erforderlichen Mittel in den Rechnungsjahren 1930 und 1931 eine Erbauung der Umgehungsstraße nach dem Stierthal nicht in Betracht kommt. Über die Frage der weiteren Aufrechterhaltung des Rechtes der Sondervertretung des Nebenortes Redarwimmersbach im Gemeinderat und Bürgerausschuß soll im Stadteil Redarwimmersbach eine Aufklärungsversammlung veranstaltet werden. Der Gemeinderat nahm Kenntnis, daß das Unterrichtsministerium die Umwandlung der Oberrealschule in ein Realgymnasium genehmigt hat.

Die Krankenhausverhältnisse in St. Blasien. Die unzureichenden Verhältnisse beim alten Krankenhaus haben zu Presseangriffen gegen die Krankenhausleitung und gegen die Stadtgemeinde St. Blasien geführt. Der Gemeinderat beschäftigte sich daher in seiner letzten Sitzung anhand des vorliegenden Materials mit diesen Verhältnissen und kam zu dem Schluß, daß die Überfüllung des Hauses eine Folge des Schlachtereisbaues ist, und daß eine finanzielle Belastung mit Rücksicht darauf weber der Krankenhauskasse noch der Gemeinde zugemutet werden kann.

Dienstjubiläum in Schönau (Schwarzw.) Ratsschreiber und Grundbuchhilfsbeamter Böbler konnte dieser Tage auf eine 30jährige Dienstzeit bei der Stadtgemeinde Schönau im Schwarzwald zurückblicken.

Aus der Landeshauptstadt

Reichsminister Treviranus über die Grenzlandfragen des Westens. Die wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände Badens, die die Spitzenorganisationen von Handel und Industrie, Handwerk und Landwirtschaft umfaßt, hält am 28. Mai ihre Jahresversammlung in Karlsruhe ab, bei der Reichsminister Treviranus einen Vortrag über „Die Gewerkschaftsarbeit der Reichsregierung und die Grenzlandfragen des Westens“ halten wird.

Dem Gedächtnis der Lorettokämpfer. In diesen Tagen jährt sich zum 15. Male die Wiederkehr der Tage der Lorettokämpfe, an denen vor allem badische Truppen aller Waffengattungen hervorragenden Anteil genommen haben. Gerade in den Tagen vom 9. bis 15. Mai 1915 tobte die Lorettoschlacht besonders heftig, wobei die Badener in jähem Ringen einen Durchbruch der deutschen Front bei Lens-Stras unmöglich machten. Dem Gedächtnis der Lorettokämpfer gilt die Gedächtnisfeier, welche die Kameradschaft badischer Leibgrenadiere am morgigen Sonntag, vormittags 11½ Uhr, am 100er-Denkmal vor der Hauptpost veranstaltet. Der Vorsitzende der Kameradschaft badischer Leibgrenadiere, Ficht, wird mit einer kurzen Ansprache im Namen aller ehemaligen 100er einen Kranz niederlegen.

Brotpreiserhöhung. Die Karlsruher Bäckerinnung hat — wie sie mitteilt — als Folge der wiederholten Erhöhung des Weizenpreises und der dadurch stark gestiegenen Mehlpreise die Brotpreise ab 12. Mai (mit Ausnahme des Roggenbrotes) erhöht.

X. Sinfoniekonzert des Badischen Landestheaterorchesters. Das letzte große musikalische Ereignis des Winters steht mit der Aufführung von Beethovens neunter Sinfonie am kommenden Montag, dem 12. Mai, im Rahmen des X. Sinfoniekonzertes bevor, das damit die Reihe der diesjährigen Sinfonieabende durch eine besonders imposante und stets wieder stark Anziehungskraft ausübende Aufgabe beschließt. Deshalb findet das Konzert auch nicht im Landestheater, sondern in der Städt. Festhalle statt. Der Aufführung der Neunten, bei der außer dem Bachverein, dem Sing- und Orchester des Landestheaters im Finale solistisch beteiligt sind Max v. Effelsgrath (Sopran), Magda Strad (Alt), Wilhelm Rentwig (Tenor) und Franz Schuster (Bass), geht einleitend unter Generalmusikdirektor Josef Krips eine gerade in solcher Gegenüberstellung äußerst interessante Wiedergabe von Beethovens erster Sinfonie voraus. Beginn des Konzertes wie gewöhnlich 20 Uhr, Ende gegen 22 Uhr, so daß auch auswärtige Besucher rechtzeitig ihre Anschlußzüge erreichen können.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Eine Abspaltung der großen atlantischen Depressionsfront ist nach dem Raume nördlich Schottland gezogen und so ein weiteres Glied in der Kette der Störungen geworden, die vom Atlantik, über Nordsee, Südschweden und Ostsee bis zum Baltikum reicht. An der Südspitze dieser Tiefdruckrinne strömen verschiedene Staffeln maritimer Luft. Auch morgen wird, wie während der letzten Tage, mit dem Vorüberzug der einzelnen Störungen die Bitterkeit ihren unbeständigen Charakter behalten. Wetterausblick: Kühl und unbeständig, bei Regenschauern, frische westliche Winde, Hochlagen des Schwarzwaldes weitere Schneefälle.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Kehl, 9. Mai. Die Fortführung der rechtsrheinischen Forts von Strahburg schreitet planmäßig vorwärts. In der Zeit vom 13. Mai bis 1. Juli werden am Fort Kirchbach bei Sundheim Sprengungen vorgenommen, und zwar jeweils von 4 bis 8 Uhr nachmittags.

W2. Kehl, 9. Mai. Für kommenden Sonntag war hier ein Flugtag mit dem bekannten Flugatobaten Fritsch Schindler, Freiburg i. Br., geplant. Die Besatzungsbehörde hat jedoch die Genehmigung nicht erteilt, so daß die Veranstaltung ausfallen muß. Sie soll zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

* Freiburg, 9. Mai. Nach einer Meldung der „Freib. Ztg.“ soll in Günterstal eine heiße Quelle zu erbohen sein, die alle Bedingungen, die an eine Thermalquelle für Kurzweck gestellt werden müssen, erfüllen soll. Der im Jahre 1927 verstorbenen Bergat Dr. Hans Thürauf, der einen großen Ruf als Auffinder von Heilquellen genos und u. a. auch die Kroginger Quelle erbohte, hat über die Lage der Quelle ein eingehendes Gutachten seinerzeit erstattet.

D3. Waldshut, 9. Mai. Die große Fähr, die den Grenzverkehr zwischen Waldshut und Koblenz (Schweiz) noch immer vermittelt, weil die seit Jahren geplante Brücke infolge der fehlenden schweizerischen Zustimmung noch nicht erstellt werden konnte, wurde heute nachmittags gegen 4 Uhr von dem Hochwasser führenden Rhein (4 Meter) umgeworfen, so daß die fünf darauf befindlichen Personen und ein mit 3 Pferden bespanntes Langholzfuhrwerk in die Fluten stürzten. Wie durch ein besonderes Wunder gelang es, die Menschen zu retten, während die Pferde ertranken. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß die Zugseilbefestigung auf schweizerischer Seite abriet, wodurch die Fähr abgetrieben und umgeworfen wurde.

D3. Konstanz, 9. Mai. Die Reppelin-Oberrealschule Konstanz, die am 31. Juli und 1. August d. J. ihr 100jähriges Bestehen feierlich begeht, ersucht die früheren Schüler der Anstalt um Angabe ihrer Adresse zwecks Veranlassung der Einladung zu den Jubiläumsgesellschaften.

Handel und Wirtschaft

Genehmigung des neuen Syndikatsvertrages im Bergbau. Der Große Ausschuss des Reichslohlenrates beschäftigte sich am Freitag mit dem von der Mehrheit der rheinisch-westfälischen Bergwerksbesitzer an der Ruhr beschlossenen neuen Syndikatsvertrag. Nach eingehender Aussprache, an der sich die Vertreter der Gewerkschaften, der Bergwerksbesitzer und der Verbraucher beteiligten, wurde der Vertrag einstimmig genehmigt.

Staatsanzeiger

Der Gemeinde Kniebingen wird die Erlaubnis zur Veranstaltung einer **Lotharlotterie** erteilt. Karlsruhe, den 7. Mai 1930.
Der Minister des Innern:
F. A. Schwarz.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Bericht:
Verwaltungssekretär Fritz Weigold beim Bezirksamt Mannheim zu jenem in Heidelberg.
Abstritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:
Beterinarrat als Bezirksleiter Friedrich Melzer in Donaueschingen.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 13. bis 19. Mai 1930

Im Landestheater:
Dienstag, 13. Mai. * G 24. Th.-Gem. 33. S.-Gr. 2. Hälfte und 201-300. Don Carlos. Trauerspiel von Schiller. 19½ bis 22¼ (5 M).
Mittwoch, 14. Mai. Volksbühne: 2. Raivorstellung. Lohengrin. Von Wagner. 19-23 (7 M).
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Donnerstag, 15. Mai. * D 24 (Donnerstagniete) Th.-Gem. Sonderoper 1201-1300. Der fidele Bauer. Operette von Fall. 19½ bis 22 (7 M).

Städtische (öffentliche) Sparkasse Baden-Baden.

Bilanz (einschließl. Aufwertung) per 31. Dezember 1929.

Vermögen.	RM	RM
1. Kasse		41 981,87
2. Guthaben in laufender Rechnung:		
a) bei Banken und dem Postfachamt	430 837,62	
b) bei Privaten usw.	1 266 976,54	1 697 814,16
3. Wechsel		310 454,67
4. Eigene Wertpapiere:		
a) aus Aufwertung	234 044,92	
b) sonstige	265 216,66	499 261,58
5. Betriebskapital bei der Girozentrale		255 500,—
6. Darlehen:		
a) gegen hypothetische Sicherheiten:		
1. a) Aufw. - Forderungen	1 819 560,73 RM	
2. sonstige	6 550 070,92	8 369 631,65
b) auf Schuldschein:		
1. a) Aufw. - Forderungen	28 465,82 RM	
2. sonstige	206 230,29	234 696,21
c) gegen Lombard		29 177,72
d) an Gemeinden		686 023,71
7. Einnahmerückstände:		
a) aus Aufwertung		35 212,72
b) sonstige		228 111,78
8. Verwaltungsgebäude		1,—
9. Sonstige Gebäude		442 411,22
10. Einrichtung		8 524,—
11. Maschinen		5 381,—
Abale 25 800,— RM		
		12 844 783,09

Gemäß § 19 unserer Satzung hat die gesetzliche Rücklage 8% des Einlegerguthabens zu betragen.
Baden-Baden, den 1. Mai 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
i. B.: Joos, Stadtrat.

Der Geschäftsleiter:
Fritsch, Direktor.

Bezirkssparkasse Zell i. W.

(Öffentliche Verbands-Sparkasse)
Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	33 134,48	1. Spareinlagen	1 012 184,19
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postfachamt	59 734,73	2. Aufwertungs-Spareinlagen	274 106,60
3. Wechsel	63 675,73	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	353 221,—
4. Darlehen a. Hypotheken	553 838,01	4. Rücklagen:	
5. Darlehen in laufender Rechnung	564 116,40	a) gesetzl. Reservefonds	67 438,51
6. Darlehen a. Schuldschein	124 635,26	b) Reingewinn vom Jahre 1929	31 478,60
7. Darlehen an Gemeinden	57 150,—		
8. Aufwertungs-forderung	263 520,73		
9. Einnahmerückstände	18 562,57		
10. Gerätschaften	1,—		
	1 738 368,90		1 738 368,90

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 365 345,— RM Einlagen = 109 227,60 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 98 917,11 RM
Somit weniger = 10 310,49 RM

Zell i. W., den 25. April 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
gez. Balz, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
gez. Rib, Direktor.



Badisches Landestheater

Montag, 12. Mai 1930

In der Städtischen Festhalle: 10. Sinfonie-Konzert

Leitung: Josef Krupis. Solisten: Mary Effelsgröth, Magda Straß, Wilhelm Krentwig, Franz Schuster.
I. und IX. Sinfonie. — Vorchoven-Chöre: Vorchoven, Singchor und Singschor des Badischen Landestheaters.
Anfang 20 Uhr
Saal I. Abteilung 5 RM.

Wir werben für Sie!

mit dem Grundbegriff „Elektrizität“ zusammenhängenden Artikel — von „Elektrische Bahnen“ bis zu „Elektrotherapie“ — umfassen nicht weniger als 56 Spalten und werden von 142 einprägsamen Abbildungen im Text und auf Tafeln unterteilt. Sehen wir uns diese Bilder näher an, erkennen wir, wie bedeutungsvoll und wichtig der Große Brockhaus für das praktische Leben ist: auf der Texttafel „Elektrische Beleuchtung“ finden wir eine Darstellung der Handgriffe und Ratsschlüsse für Anlage und Ausbesserung einer elektrischen Leitung, die wir im Haushalt nützlich anwenden können, die Tafel „Elektrische Heiz- und Kochapparate“ ist besonders für die moderne Hausfrau wichtig und willkommen, zumal der Text hierzu in übersichtlicher Kürze alles Wissenswerte sagt. Es wäre jedoch eine Ungerechtigkeit gegenüber den vielen tausend anderen Artikeln des Bandes, wollte man zu lange bei einem Stichwort verweilen. Wer von uns hat eine Ahnung davon, wie ein Eisenbahnfahrplan aufgestellt wird? Ein Blick auf den dargestellten „bildlichen Eisenbahnfahrplan“ vermittelt einen Begriff hiervon. Unter „Eisenbahnsicherungsweisen“ erfahren wir von den neuesten Sicherungsmethoden gegen Eisenbahnunfälle und wissen nun, was „elektrische und optische Zugbeeinflussung“ ist — ein besonders aktuelles Thema. Doch genug von Technik, es soll nicht aussehen, als ob die Technik den andern Wissensgebieten gegenüber bevorzugt worden sei. „Englische Kunst“ bringt prächtige Bildtafeln, die Zeittafel „Englische Literatur“ reicht von Beowulf bis zu Shaw, Apple Cart! (Der Kaiser von Amerika), dessen deutsche Uraufführung in der letzten Spielzeit viel Aufsehen erregt hat. Wichtig ist der Artikel „Erste Hilfe“, der durch seine Texttafel einen hervorragenden Anschauungsunterricht gewährt. Die beiden Tafeln „Erste Hilfe bei Hausverletzungen“ werden dem Hauswirt willkommen sein. Die Dreifarbenfotografie „Fotografie“ wird jeden Naturfreund entzücken und zeigt, auf welcher Höhe die heutige Luftstrahlentechnik steht. Dies beweist auch die schöne Tafel „Abelstein“, die sich durch naturgetreue Farbgebung auszeichnet. Artikel wie Erbschaft, Erbrecht, Ernährungsrecht, Elektrotechnik, Einkommensteuer, Eigentum, Ehe, Eheprozess, eheliches Güterrecht werden vielbefragte Ratgeber sein. Zu den Stadtkarten Dortmund, Düsseldorf, Dresden und Erfurt finden wir farbige Stadtpläne mit Straßenverzeichnissen. Im Artikel „Druckverfahren“ wird uns auch darüber berichtet, wie die schönen Bildbeigaben entstehen, die wir in den ersten fünf Bänden dieses für den modernen Menschen unentbehrlichen Nachschlagewerks bewundern können. Alles in allem ein Band, der sich mit Stolz gleichberechtigt neben seine früher erschienenen vier Brüder stellen kann.

Q.478. Karlsruhe. Das Konturverfahren über das Vermögen der Firma Eugen Stich und deren Inhaber a) Eugen Stich, Kaufmann in Karlsruhe, b) Gustav Schwarzwälder, Kaufmann in Karlsruhe, wurde mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Rasse eingestellt.
Karlsruhe, 7. 5. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.
Das Stoffbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe verweigert Freitag, 16. Mai 1930, Beginnend 8 Uhr, im Gerätehauptlager Karlsruhe, alter Perlonbahnhofs, Eingang Ruppurrer Straße, gegen Verzahlung alte Geräte, darunter: Wänke, Tische, Karren, Werkbänke, Schraubstöcke, Sebezeuge, Binden, elektrische Klingelwerke, Leinenabfälle, alte Schuhleder, Abfallholz. Q.477

Freihändiger Nadelstammholzerkauf. Staatliches Forstamt Billingen (Schwarzwald), Montag, 26. Mai 1930, mittags ½ 5 Uhr: 3060 im Fi., La., Fo. Stammholz in 24 Losen. Losverzeichnisse durchs Forstamt. Q.476

Freihändiger Nadelstammholzerkauf. Forstamt Freiburg (Haatlich), Dienstag, den 20. 5. 1930, 2500 im Nadelstammholz. Losverzeichnisse durch das Forstamt (Fernruf Nr. 1419). Q.479

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER DOSENHEIM A. BRESCHER
LIEFERT AUS SCHLOSS U. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Rehmen Sie

Bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Vergebung von Grab-, Maurer-, Granit-, Kunststein-, Trügellieferung, Zimmer-, Mechnen-, Schieferbedeckung, Verputz-, Installations-, Wasserleitung, Wasserableitung, Torf- anlage, Glaser, Schreiner, Schloßer- und Anstreicharbeiten zur Erstellung eines Abort- u. Hauswirtschaftsgebäudes in Haslach. Pläne und Vergabesunterlagen liegen bei mir, Zimmer Nr. 19, und bei der Bahnmeisterei Haslach zur Einsicht auf, dort auch Abgabe der Leistungsverzeichnisse, kein Versand derselben. Angebote mit Aufschrift, beslossen, postfrei, bis Mittwoch, 14. Mai 1930, 10 Uhr, bei mir einreichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Reichsbahnbaumeister Offenburg.



Badisches Landestheater

Sonntag, 11. Mai
* B 23

Die Jüdin

Große Oper von Halévy
Dirigent: Krips
Regie: Muckenbecher

Mitwirkende:
Effelsgröth, Reich-Dörich, F. Gröninger, Köfer, Krentwig, Schoepflin, Theo Straß

Anfang 19½ Ende 22¼
Preise D (1-8 RM)

Montag, 12. Mai 1930:
* E 23. Th.-Gem. 301-400 und 1401-1500

Marius

Komödie von Bagnol
Regie: v. d. Lenz. Mitwirkende: Genter, Quaiser, Rademacher, Biegler, Seiling, Brand, Graf, Berg, Gospach, Klobie, Ruhne, Rehner, Müller, Schulze, Grimm, Seibert.

Anfang 20 Ende 22¼
Preise A (0,70-5,00 RM)

Die, 13. Mai: Don Carlos.
Mi, 14. Mai: Lohengrin.
Do, 15. Mai: Der fidele Bauer. Fr, 16. Mai: Stefan- land. Sa, 17. Mai, zum erstenmal: Brülle China.
So, 18. Mai: Die Meisterringer von Nürnberg.
Mo, 19. Mai: Lohengrin.